

Ansprache zum 1. Mai in Baden:

Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP und Gewerkschaftssekretär Unia

Liebe Gäste
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Es ist mir eine Ehre, hier in Baden meine erste 1.Mai-Ansprache als Nationalrat halten zu dürfen.

Ich bin mit der Stadt Baden, seinen Menschen und seiner jüngeren Geschichte tief verwurzelt.

In Baden erlebte ich als Jugendlicher die bewegten 80er-Jahre, in Baden absolvierte ich meine Berufslehre als Maschinenschlosser, in Baden erlebte ich hautnah den Strukturwandel in der Industrie, in Baden arbeite ich seit einigen Jahren als Gewerkschaftssekretär und in Baden und Umgebung wohnen viele Menschen, die ich schätze und die mir wichtig sind. Viele dieser Menschen sind heute, am Tag der Arbeit hier, und dass freut mich ganz besonders.

Der Tag der Arbeit ist unser Tag.

In der Schweiz ist der 1. Mai bereits seit 1890 der Tag, an dem jene Menschen zusammenstehen, für die Fairness und Chancengleichheit in der Arbeitswelt sowie Solidarität und Gerechtigkeit in der Gesellschaft wichtige Werte sind.

Gerade die jüngste Entwicklung hat uns gezeigt, was passiert, wenn stabile Werte verloren gehen und Grundsätze der Nachhaltigkeit missachtet werden:

Geld vermehrt sich nicht einfach von alleine, nur weil an der Börse gehandelt wird.

Von den Börsenspekulanten wurde vergessen oder verdrängt, dass Mehrwert zuerst erarbeitet werden muss. Es braucht Hände und Köpfe die reale Produkte und Dienstleistungen erarbeiten, die auf dem Markt auch verkauft werden können. Erst dann schafft auch realen Mehrwert.

Nun sind diese Luftblasen und der neoliberale Traum der unendlichen Geldvermehrungsmaschine geplatzt.

Verantwortungslose Finanzjongleure und nimmersatte Abzocker haben mit ihrer Gier nach immer höheren Renditen und noch schnelleren Gewinnen eine globale Wirtschaftskrise ausgelöst.

In der Schweiz hat uns das Finanzdebakel und die Verospelung der UBS mehrere Milliarden Steuergelder gekostet und in den Industriebetrieben fürchten nun Menschen um ihre Jobs, die nichts dafür können, dass es soweit gekommen ist.

Diese Krise ist noch nicht ausgestanden. In den ersten vier Monaten dieses Jahres kam vor allem die Exportindustrie massiv unter Druck.

Als Gewerkschaftssekretär sehe ich in meiner täglichen Arbeit, was dies für die Menschen in den Betrieben bedeutet. Welche Ängste sie haben und was es heisst, als Folge dieser Wirtschaftskrise die Kündigung zu erhalten.

Die Gewerkschaften sind nicht untätig geblieben. Wir kämpfen in den Betrieben, in den politischen Gremien und wie heute auf der Strasse für Massnahmen, die mithelfen die Krise zu überwinden und Arbeitsplätze zu sichern. Erste Erfolge konnten wir dabei bereits verbuchen. So wurde auf Intervention der Gewerkschaften die Möglichkeit der Kurzarbeit von 12 auf 18 Monate ausgedehnt. Mit dem Instrument der Kurzarbeit können Auftragslöcher in den Betrieben überbrückt und damit Entlassungen vermieden werden.

Doch: Es braucht weitere Anstrengungen und Massnahmen.

Jetzt gilt es, durch Investitionen der öffentlichen Hand Gegensteuer zu geben und gleichzeitig aus dem Geschehenen Lehren zu ziehen.

In der Schweiz ist die Situation zunächst völlig unterschätzt worden. Insbesondere vom Bundesrat. Dass zwischenzeitlich alle die dramatische Lage anerkennen, entspricht einer erfreulichen Kehrtwende.

Die bisher eher bescheidenen Konjunkturmassnahmen des Bundes reichen nicht. Der Handlungsbedarf bei Bund und Kantonen ist weit grösser als das, was bisher geschah. Die SPS rechnete vor, dass ein Massnahmenpaket im Umfang von 5-6 Milliarden benötigt würde, um greifbarere Resultate zu erzielen. Es besteht Handlungsbedarf in mehreren Bereichen:

Bereich Arbeitsmarkt

Die drohende Arbeitslosigkeit ist mit allen Mitteln zu bekämpfen. Bund und Kantone müssen der Krise aktiver entgegen steuern.

Es braucht jetzt **sinnvolle nachhaltige und beschäftigungswirksame Investitionen** der öffentlichen Hand. Dazu gehören:

- Die beschleunigte Umsetzung von ohnehin geplanten Bauprojekten.
- Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und keine weiteren Privatisierungsabenteuer im Service Public.
- Mehr Beiträge für Energiesanierungsmassnahmen und die Förderung erneuerbarer Energien. Das schafft Arbeitsplätze in der Schweiz.
- Und es braucht Investitionen in die Aus- und Weiterbildung, damit der Werk- und Denkplatz Schweiz im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleibt.

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Auch unsere Jugend ist angewiesen auf eine gute Schul- und Berufsbildung und sie braucht Arbeitsplätze für den Berufseinstieg. Betrachtet ich jedoch die jüngsten Arbeitslosenstatistiken, sehe ich, dass auch wieder sehr viele jüngere Arbeitnehmende auf der Strasse stehen. Das macht mir Sorgen.

Über 20'000 Jugendliche haben im Moment nach ihrem Schulabschluss noch keine brauchbare weiterführende Perspektive. Viele von ihnen finden vorerst keine Lösung für die Zukunft.

Ähnliches gilt für die Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger. Tausende werden diesen Sommer ihre Lehre abschliessen – ohne berufliche Zukunftsperspektiven.

Das dürfen wir nicht zulassen. Denn hier tickt eine soziale Zeitbombe, die entschärft werden muss. Staat, Wirtschaft und Politik sind dabei gleichermassen gefordert.

Es liegt in der Verantwortung des Staates, gute Rahmenbedingungen für eine zeitgerechte Berufsbildung zu garantieren.

Es liegt in der Verantwortung der Unternehmen, trotz Wirtschaftskrise keine Ausbildungsplätze abzubauen und jugendlichen Berufseinsteigern eine echte Chance zu geben.

Und es liegt in der Verantwortung der Politik, dann korrigierend einzugreifen, wenn dies nicht mehr garantiert ist.

Bereich Sozialversicherungen

Es ist klar: Unsere Sozialversicherungen kosten. Doch vergessen wir nicht: Leistungsfähige Sozialwerke stabilisieren die Wirtschaft und die Gesellschaft. Gerade in schwierigen Zeiten sind gute Sozialwerke besonders wichtig. Und: Die Sozialwerke müssen sich wieder mehr an den sozialen Bedürfnissen der Menschen orientieren. Gerade jetzt darf es keinen weiteren Abbau bei der AHV, der IV- und der Arbeitslosenversicherung geben.

Im Gegenteil: Diese müssen stabil und funktionsfähig bleiben.

Dazu gehört auch, dass der Abzockerei der Lebensversicherer im Bereich der 2. Säule ein Riegel geschoben wird.

Vor wenigen Wochen haben Gewerkschaften, SP und Konsumentenorganisationen deshalb gemeinsam über 200'000 Unterschriften gegen die Senkung des BVG-Umwandlungssatzes eingereicht.

Würde es nämlich nach dem Mehrheitsbeschluss des schweizerischen Parlamentes gehen, würden künftig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zu 10 Prozent weniger Rente aus der zweiten Säule erhalten, ohne dass sie auch nur einen Franken weniger bezahlen müssten. Wir alle sollen also auch künftig gleich viel bezahlen aber dafür weniger Leistung erhalten. Dies ist ungerecht und muss hinterfragt werden.

Mehrere Pensionskassen sind aufgrund ihrer abenteuerlichen Investitionen an der Börse in Schwierigkeiten geraten. Dafür bezahlen sollen aber einmal mehr -und möglichst sofort- allein die Arbeitnehmenden. Was ist das denn für eine Politik? Wo sind die Reserven geblieben aus den fetten Jahren?

Es darf doch nicht so bleiben, dass jedesmal wenn die Pensionskassen an der Börse durch riskante Anlagestrategien Milliarden Spargelder vernichten, einfach postwendend die Leistungen der Versicherten gekürzt werden. Diesen Mechanismus wollen wir nicht mehr länger akzeptieren. Es wird Zeit, laut über einen Umbau in der Altersvorsorge nachzudenken.

Die Berufliche Vorsorge ist eine Sozialversicherung und kein Versuchslabor für Spekulationsgeschäfte! Statt das gewinnorientierte Profitdenken privater Versicherungsgesellschaften durch erneute Leistungskürzungen bei den Versicherten zu finanzieren, sollten wir dafür sorgen, dass mit einer starken AHV und einer anständigen Pension im Alter ein Leben in Würde garantiert werden kann.

Auch aus diesem Grund sind weitere Rentensenkungen inakzeptabel. Kämpfen wir in den kommenden Monaten dafür, dass die Mehrheit des Volkes dem massiven Sozialabbau an der Urne eine klare Abfuhr erteilen wird!

Nur ein deutliches NEIN zu dieser verunglückten BVG-Revision wird ein Umdenken und neue Lösungsansätze bringen.

Bereich Steuern und Staat

Lassen wir uns nicht von der rechtsbürgerlichen Propaganda der Staatsverteufelung blenden. Nicht alles was der Staat tut oder besitzt ist eine schlechte Sache. Denken wir nur an das Beispiel der Aargauischen Kantonalbank.

Zum Glück haben wir trotz gegenteiliger Phantasien einer bis vor kurzem äusserst privatisierungsgläubigen Regierung mit der Aargauischen Kantonalbank noch eine stabile Staatsbank im Kanton. Diese sollte jetzt vermehrt Kredite an KMUs gewähren und sie sollte den Spielraum zur Senkung der Hypothekarzinsen voll nutzen.

Gerade in Krisenzeiten wie heute braucht es einen Staat, der über genügend Mittel und Ressourcen verfügt, um konjunkturpolitische Stützungsmaßnahmen ergreifen zu können. Es ist vernünftiger, in einer solchen Phase Beschäftigung statt Erwerbslosigkeit zu finanzieren.

Wir benötigen jetzt auch keine weiteren Steuergeschenke zugunsten der Grossverdiener. Dies führt lediglich zu einer Umverteilung von unten nach oben und entzieht dem Staat dringend benötigte Mittel.

Wenn schon, dann müssten nun Familien mit unteren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Ich komme zum Schluss.

Ich möchte mich noch ganz herzlich bei all jenen bedanken, die sich persönlich engagieren und einsetzen für eine gerechtere, ökologischere und sozialere Gesellschaft.

Ich danke Euch, dass Ihr solidarisch seid und am heutigen 1. Mai mitwirkt.

Gemeinsam sind wir stark! Hier in Baden und anderswo.

Herzlichen Dank!